

Philip Plickert

# Die VWL auf Sinnsuche

Ein Buch für zweifelnde Studenten  
und kritische Professoren

**Frankfurter Allgemeine Buch**

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische  
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Philip Plickert  
Die VWL auf Sinnsuche  
Ein Buch für zweifelnde Studenten und kritische Professoren

Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main  
Geschäftsführung: Oliver Rohloff

1. Auflage  
Frankfurt am Main 2016

ISBN 978-3-95601-172-6

## Frankfurter Allgemeine Buch

Copyright Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main  
Umschlag Julia Desch, Frankfurt am Main  
Satz Wolfgang Barus, Frankfurt am Main  
Titelbild © inueng – Fotolia.com  
Druck CPI books GmbH, Leck

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, vorbehalten.

Printed in Germany

# Inhalt

<b>Vorwort</b>	9
<b>1. Teil: Die Ökonomen in der Krise und im Wandel</b>	39
Im Interview: Monika Schnitzer, Vorsitzende des Vereins für Socialpolitik „Es geht darum, dass es den Menschen besser geht“	39
Im Interview: Detlef Fetchenhauer, Professor für Wirtschaftspsychologie an der Universität zu Köln: „Den Ökonomen glaubt man nicht“	46
Gefangen in der Formelwelt	49
Wettlauf der Forscher	55
Die Tücken der Prognosen	58
Die Ökonomen und der Mindestlohn	63
Abschied von Mr. Spock	67
Wirtschaft als Experiment	74
Ein Schubs in die richtige Richtung?	79
Der Teufel steckt in der Empirie	83
Sind Ökonomen patriotisch?	88
Gesucht: Weibliche Top-Ökonomen	91
Die dunkle Seite der Wissenschaft	93
Ein Bindestrichfach	97
Ein Volk von Ökonomie-Analphabeten	99
<b>2. Teil: Vom Wert der Vergangenheit</b>	103
Die Renaissance der Wirtschaftsgeschichte	103
Alles Napoleon, oder was?	106
Vom Piraten zum Ehrenmann	109
Gute Professoren	111
Ökonomen gegen Hitler	113
Am Rande des Wirtschaftswunders	116
Der Planer tappt im Dunkeln	118
Die große Täuschung	120
Wunder dauern etwas länger	123

<b>3. Teil: Die Finanzkrise –</b>	
<b>Doping mit billigem Geld</b>	127
Geld, Gold, Greenspan	127
Notenbanker auf dem Gaspedal	129
Das „Wunder“ der Banker	131
Wie schön ist es, systemrelevant zu sein	133
Die Banken sind fett und gefährlich	136
Wir retten keine Banken mehr	138
<b>4. Teil: Eurokrise und kein Ende</b>	143
Eine Krise mit Ansage	143
Der Euro – eine Friedenswährung?	145
Vielfalt ist Trumpf	147
Die tiefen Wurzeln der Staatsschuldenkrisen	150
Bedauerlicherweise bankrott	152
Vereinigte Schulden von Europa?	154
Der Euro und die Zaubertaler	157
Was bedeutet europäische Integration?	160
Zombie-Gefahr	162
Alles hängt an der Formel	164
Wie das Eis an der Sonne?	168
Ist das 2-Prozent-Ziel der EZB noch zeitgemäß?	170
Keine Angst vor dem Deflationsgespenst	173
Die Zentralbank zielt daneben	175
Die Schrumpfgeld-Verschwörer	178
<b>5. Teil: Mensch, Gesellschaft und Umwelt</b>	181
Größer und fetter	181
Macht uns Geld nicht glücklich?	183
Angst essen Verstand auf	186
Das Märchen vom guten Strom	188
Neid bremst den Fortschritt	191
Die große Bevormundung	193
Wenn manche gleicher als gleich sind	196
Frauen und Kinder ertrinken zuerst	198
Die Verstaatlichung der Kinder	200
Frührente verkürzt das Leben	203
Frauen sind die besseren Diktatoren	205
Die Auserwählten	207

<b>6. Teil: Neue Blicke auf die Politische Ökonomie</b>	211
Wer regiert, ist egal	211
Der Bürger ist der bessere Kassenwart	213
Eine Stimme gegen den Superstaat	216
<b>7. Teil: Arm und Reich in der Weltwirtschaft</b>	219
Warum die Armen arm bleiben	219
Ressourcenreichtum kann ein Fluch sein	221
Mutter Afrikas zerstrittene Kinder	224
Die Kosten der Flüchtlingskrise	226
Die mühsame IT-Revolution	229
Ist es mit dem Wachstum vorbei?	231
Nehmen Roboter uns die Arbeit weg?	234
<b>Bedrohte Meinungsfreiheit</b>	240
Anmerkungen	251
Der Autor	264



# Vorwort

Keine andere Sozialwissenschaft hat solche Macht über unser Leben wie die Volkswirtschaftslehre. Was Ökonomen erforschen und lehren, wozu sie raten und wovor sie warnen — all das hat großen Einfluss in Medien und Politik. Nicht zu unterschätzen ist auch der langfristige Einfluss ökonomischer Lehren. Im letzten Kapitel seiner „General Theory“ schrieb John Maynard Keynes vor achtzig Jahren: „Die Ideen von Ökonomen und politischen Philosophen, seien sie richtig oder falsch, sind mächtiger als üblicherweise angenommen (...) Praktiker, die von sich glauben, sie unterlägen keinerlei intellektuellen Einflüssen, sind gewöhnlich die Sklaven eines längst verstorbenen Ökonomen.“<sup>1</sup>

Dass sich Politiker sklavisch an Ökonomen-Lehren hielten, ist natürlich stark übertrieben. Oft genug pfeift die Politik auf das, was Wissenschaftler sagen. Politiker in Demokratien wollen Wahlen gewinnen. Viele Ökonomen beklagen sich, dass ihre Ratschläge zu wenig gehört würden.<sup>2</sup> Doch ohne Zweifel hat ihr Wort Gewicht. Und das nicht nur im engeren Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik, in Fragen der Arbeitsmarkt- oder Sozialpolitik, beim Umgang mit der Finanz-, Schulden- und Euro-Krise. Ökonomen äußern sich auch zur Bildungspolitik, zur Gesundheitspolitik, zu Energie-, Umwelt-, Klimafragen, selbst zu außenpolitischen Themen. Sie sind weit einflussreicher als Politologen oder Soziologen, von den Geisteswissenschaften ganz zu schweigen. Kritiker beklagen eine „Ökonomisierung“ (fast) aller Bereiche des Lebens, weil Ökonomen praktisch alle Fragen der menschlichen Gesellschaft mit ökonomischen Theorien analysieren.

Und zugleich gibt es ein großes Unbehagen an der VWL, auch innerhalb der Disziplin selbst. Umfragen zeigen, dass ein Großteil der Bevölkerung nur wenig Vertrauen in die Ökonomen hat. „Den Ökonomen glaubt man nicht“, fasste der Kölner Wirtschaftspsychologe Detlef Fetchenhauer die Ergebnisse einer breiten Befragung zusammen, die er vor einigen Jahren, kurz nach dem Höhepunkt der Finanz- und Wirtschaftskrise, gemacht hatte. (Siehe Interview auf S. 46 ff.) In dieser repräsentativen Umfrage sagten 80 Prozent der Deutschen, die Gesellschaft würde auch ohne Ökonomen ganz gut auskommen. Nur jeder Siebte hielt Ökonomen generell für glaubwürdig. Das waren zwar höhere Werte als für Politiker (und Astrologen), aber Ökonomen wird deutlich weniger geglaubt als etwa Psychotherapeuten oder Ärzten.<sup>3</sup> Fetchenhauer schreibt dieses schlechte Image zum Teil der Erfahrung mit Konjunkturprognosen zu, die häufiger daneben lagen. Auf die Probleme der Konjunkturforscher und Makroökonomien werden wir unten noch mehrfach zu sprechen kommen.

Falsche Prognosen und Diagnosen gibt es auch in anderen Disziplinen. Wenn ein Arzt bei einem Patienten eine schwere Krankheit nicht richtig diagnostiziert, was durchaus nicht so selten vorkommt, wenden wir uns nicht generell von der Medizin ab. Niemand erwartet von Ärzten, dass sie den Ausbruch einer Krebserkrankung prognostizieren. Als Erdbebenforscher die verheerenden Tsunami 2004 in der Region Thailand oder 2011 in Japan oder das Beben von Haiti 2010 nicht rechtzeitig prognostizierten, hat man diese Disziplin nicht pauschal als wertlos abgetan. Wenn Ingenieure eine Brücke falsch konstruieren, so dass sie einstürzt, oder wenn der Hauptstadtflughafen BER so schlecht geplant ist, dass jahrelange Umbauten Milliarden Mehrkosten verursachen, dann ruft das Ärger oder Spott hervor, doch die Öffentlichkeit zweifelt nicht grundsätzlich an Ingenieuren oder Architekten. Fehler passieren, es gibt Versager und schwarze Schafe. Sie kratzen nicht fundamental am Image der betreffenden Wissenschaft oder Kunst.

Die Finanz- und Schuldenkrise, die im Sommer 2007 ausbrach und im Herbst 2008 beinahe zur Kernschmelze des Finanzsystems und dann in die größte Rezession seit achtzig Jahren führte, war indes eine Krise, die das Vertrauen in die Lehren der Ökonomen grundsätzlich erschüttert hat. Ökonomen sind keine Hellseher, aber dass praktisch keiner der bekannten Wirtschaftswissenschaftler vor dem drohenden Crash auch nur in Ansätzen gewarnt hat, wird in der Öffentlichkeit als Versagen wahrgenommen. Und selbst nach Ausbruch der Finanzkrise erkannten die meisten Ökonomen die zerstörerischen Ansteckungseffekte erst sehr spät.

Das hat viel Ärger über die Ökonomen ausgelöst. Auch die britische Queen war „not amused“. Mit Hut und Kostüm besuchte Elisabeth II. im November 2009 die London School of Economics (LSE). Ratlos stand sie vor einer Schautafel mit der Aufschrift „Managing the credit crunch“ mit vielen Kurven und Diagrammen. Die farbigen Linien zeigten steil nach unten. LSE-Professor Luis Garicano bemühte sich, der Monarchin zu erklären, wie der ökonomische Crash entstanden sei. Nach einiger Zeit sagte sie: „It’s awful. Why did nobody see it coming?“

Die Frage bringt die Ökonomen in Erklärungsnot. Im folgenden Jahr erhielt die Queen drei offene Briefe von Wissenschaftlern mit Erklärungen. Ich führe die Hauptargumente hier kurz auf, weil sie exemplarisch für unterschiedliche Erklär- und Kritikmuster sind. Der erste Brief an die Königin kam Ende Juli 2009 von Tim Besley und Peter Hennessy, die im Namen der British Academy schrieben.<sup>4</sup> Viele hätten die Krise kommen sehen, behaupteten sie, doch keiner den Zeitpunkt und die Schwere des Einbruchs. Besley, ein LSE-Ökonom sowie Mitglied der Führung der britischen Notenbank, und Hennessy, ein bekannter Historiker, verwiesen auf Warnungen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich. Die Banken



selbst hätten unzählige Risikomanager, „einige der besten mathematischen Geister unseres Landes“, beschäftigt. „Aber sie haben oftmals den Blick für das größere Bild verloren.“

Vor allem hätten sie nicht gesehen, wie all die ökonomischen Ungleichgewichte in der Welt zusammenwirkten und das System gefährlich instabil geworden sei. Besley und Hennessy vertreten die These der „globalen Sparflut“ – also dass es vor allem die Kapitalüberschüsse der Chinesen und anderer Länder waren, die die Zinsen so niedrig drückten, dass die Amerikaner sich kräftig verschuldeten und am Häusermarkt eine Preisblase entstand. Die „Finanzzauberer“, schrieben Besley und Hennessy, wollten Warnungen nicht hören und vertrauten ihren neuen Instrumenten – „Wunschdenken und Hybris“. Politiker aller Couleur seien „vom Markt verzaubert“ gewesen; die Notenbanken hätten zu lange die Leitzinsen niedrig gelassen. „Das Versagen liegt darin, dass niemand erkannt hat, wie all das zusammen zu einer Serie von verknüpften Ungleichgewichten führte, über die keine Autorität mehr herrschen konnte“, kritisierten Besley und Hennessy, die als „demütigste und gehorsamste Diener Ihrer Majestät“ unterzeichneten.

Kurz darauf veröffentlichte eine zweite Gruppe einen Brief an die Königin. Zu den Unterzeichnern gehörten der frühere LSE-Direktor und linksliberale Soziologe Anthony Giddens sowie Umweltschützer, etwa der Geschäftsführer von Greenpeace.<sup>5</sup> Ihrer Ansicht nach ist die Wirtschaftskrise nur Symptom einer viel größeren Systemkrise. Weit schlimmer als die ökonomischen seien die ökologischen Ungleichgewichte – zwischen dem wachsenden Energiehunger der Wirtschaft und den begrenzten Ressourcen der Welt. Die Krise sei der Weckruf, um sich vom Wachstumsparadigma zu verabschieden, schrieben sie.

Wieder einen konkret wirtschaftswissenschaftlichen Fokus hat ein dritter Brief, der wenige Tage später an die Königin ging, unterzeichnet von zehn britischen und australischen Ökonomen um Geoffrey Hodgson, Professor an der Universität von Hertfordshire.<sup>6</sup> Sie stimmen Besley und Hennessy in der Analyse zu. Allerdings gehen sie weiter und formulieren eine vernichtende Kritik der modernen Ökonomik, die sie für übermäßig mathematisiert und formelgläubig halten. Ihre Kronzeugen sind dabei Nobelpreisträger wie Ronald Coase, Milton Friedman und Wassily Leontief. Schon diese hätten beklagt, dass die Wirtschaftswissenschaften praktisch zur angewandten Mathematik verkommen seien. Eine ganze Generation von Ökonomen sei zu Fachidioten ausgebildet worden. Durch die Fixierung auf mathematisch-formale Modelle gehe die nötige Gesamtsicht auf die Welt verloren. „Modelle und Techniken sind wichtig“, schrieben die Ökonomen um Hodgson. Aber angesichts der Komplexität der globalen Wirtschaft müsse in der Ausbildung von Ökonomen viel mehr Auf-

merksamkeit auf institutionelle, historische und psychologische Faktoren gelegt werden.

Was die Queen über all das denkt und ob eine Gruppe von Briefeschreibern sie überzeugen konnte, ist nicht bekannt. Bekannt ist mir allerdings, dass es schon länger eine verbreitete Unzufriedenheit und Frustration mit dem Fach Volkswirtschaftslehre gibt. Das höre ich in Gesprächen mit früheren Kommilitonen, mit Journalistenkollegen, die VWL studiert haben, und von Studenten, die ich selbst unterrichtet habe. Das Studium sei zu mathematisch, zu abstrakt, zu weit weg von realen wirtschaftlichen oder sozialen Problemen.

Schon im Jahr 2000, also lange vor der jüngsten Finanzkrise, ging eine Gruppe überwiegend linker Ökonomiestudenten an der Pariser Sorbonne auf die Barrikaden. Sie veröffentlichten einen Protest gegen die aus ihrer Sicht „autistische Wirtschaftswissenschaft“. Die akademischen Ökonomen hätten eine „imaginäre“ Modell- und Theoriewelt gebaut, die wenig mit der realen Welt zu tun habe, kritisierten sie in einem offenen Brief. Es gebe eine übertriebene Fokussierung auf die mathematische Formulierung von Problemen, die zum Selbstzweck werde. Die Wirtschaftswissenschaft habe sich in einem neoklassischen Dogmatismus eingemauert, es fehlten eine „pluralistische“ Forschung und der Austausch mit anderen Sozialwissenschaften. Der Protest der Sorbonne-Studenten hat damals weltweit Aufsehen erregt und führte zu einer Bewegung, die sich „post-autistische“ Wirtschaftswissenschaft nennt. Es ist nicht alles falsch, was die Protestler damals schrieben. Zum Teil wird ihre Kritik auch von bekannten Ökonomen geteilt, auch solchen, die man eigentlich zum „Mainstream“ zählen würde.

Aus diesem Mainstream hat kein einziger Ökonom den Absturz der Weltwirtschaft 2008/2009 vorhergesehen, weder das erschreckende Ausmaß noch die zerstörerische Dynamik. In den Jahren zuvor, den scheinbar guten Jahren, als die Kredit- und Häuserpreisblase in Amerika wuchs und sich die Finanzalchemisten mit Verbriefungen eine goldene Nase verdienten, waren kaum kritische Stimmen zu hören. Es gab zwar vereinzelt Warnungen, etwa von Robert Shiller, der die Entwicklung der Häuserpreise kritisch verfolgte und vor irrationalen Übertreibungen an den Finanzmärkten warnte. Shiller zählt zu denen, die sich auch verhaltensökonomischer Erkenntnisse bedienen. Auch ein paar Ökonomen, die aus Sicht der österreichischen Konjunkturtheorie argumentierten, haben die zu lockere Zentralbankpolitik und zu viel billiges Geld kritisiert, die zu einer Kreditblase und einem aufgeblähten Bausektor führten. Aber das waren Außenseiterstimmen. Der breite Mainstream der Ökonomen sah die Risiken nicht. Ende 2008, nach dem Bankencrash, wirkten die Wirtschafts-

wissenschaftler, die zuvor nie um einen klugen Ratschlag verlegen waren, zeitweise sprachlos.

Die Wirtschaftswissenschaft befindet sich seitdem in einer Vertrauenskrise, von der sie sich bis heute nicht ganz erholt hat. In der Öffentlichkeit sind Ökonomen ohnehin nie sonderlich beliebt gewesen. Es gibt eine Kluft zwischen dem Denken und den Wertvorstellungen vieler ökonomischer Laien und dem der Fachwissenschaftler, wie Fetchenhauers Umfragen zeigen. Die Unterstützung für die Arbeitsmarktreformen und Einschnitte der „Agenda 2010“ hat den hiesigen Ökonomen viel Feindschaft von der Linken eingebracht. Und dass die Mehrheit der Ökonomen von einem gesetzlichen Mindestlohn abriet, weil sie langfristige Beschäftigungsverluste erwartet, hat man ihnen auch übel genommen. Während viele Laien und Politiker schnell nach Eingriffen in den Markt und den Preismechanismus rufen, raten Ökonomen davon eher ab. Ökonomen gelten als kalt und „unsozial“. Es gibt ein verbreitetes Ressentiment gegen „die Professoren“, die sozialpolitischen Wünschen widersprechen.

Um solche Fragen geht es aber nicht in der aktuellen Vertrauenskrise. Sie rüttelt grundsätzlich am Anspruch der Volkswirtschaftslehre, Aussagen über ökonomische Zusammenhänge zu treffen und Empfehlungen für eine günstige Entwicklung geben zu können. Hochmut kommt stets vor dem Fall. Während der sogenannten „Great Moderation“ der Weltwirtschaft in den späten achtziger und den neunziger Jahren, als die Inflation gering war und das Wachstum recht robust mit nur geringen konjunkturellen Schwankungen, glaubten herausragende Vertreter des Ökonomen-Mainstreams, sie hätten die großen wirtschaftstheoretischen Fragen quasi endgültig geklärt. Der Nobelpreisträger Robert Lucas und auch der spätere Vorsitzende der amerikanischen Notenbank Fed, Ben Bernanke, äußerten öffentlich voll Zuversicht, dass größere Wirtschaftskrisen ausgeschlossen werden könnten. Die Makroökonomie sei am Ziel angelangt. „Das zentrale Problem der Vermeidung von Depressionen ist gelöst“, sagte Lucas von der Universität Chicago 2003 in seiner Ansprache als Präsident der American Economic Association (AEA).<sup>7</sup> Acht Jahre zuvor war er für seine Theorie der „rationalen Erwartungen“ mit dem Nobelpreis geehrt worden.

Doch die Steuerbarkeit des Systems erwies sich als Illusion. Als sich die enormen weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte und Vermögenspreisblasen entluden, brach nicht nur das globale Finanzsystem zusammen. Es gab eine Wirtschaftskrise, deren Verlauf zumindest am Anfang starke Ähnlichkeiten mit der Großen Depression hatte. Der Irrtum so angesehener Wissenschaftler wie Lucas und Bernanke ist symptomatisch für die Selbstüberschätzung vieler Ökonomen. Ihre makroökonomischen Modelle suggerieren, dass sie die großen, makroökonomischen Zusammenhänge der Volkswirtschaften und ihre weltweite Verflechtung recht präzise erfassen

und letztlich damit auch beherrschbar machen. Die Ökonomie fühlt sich als Naturwissenschaft, wie die Physik, welche die Bewegung von Körpern präzise voraussagen kann. Dem liegt aber eine „Anmaßung von Wissen“ (Friedrich August von Hayek) zugrunde, ein zu simples Bild der Realität. Die Interaktionen von Wirtschaftssubjekten entwickeln sich eben nicht mechanisch und kontrolliert, sondern in gewissen Situationen chaotisch. Wirtschaft entsteht aus dem komplexen sozialen Miteinander von Milliarden Menschen. Viele Modelle sind aber so reduziert, dass sie nur noch winzige Ausschnitte und Aspekte isoliert behandeln.

In diesen hochabstrakten Gleichgewichtsmodellen werden entscheidende Faktoren ausgeblendet, die das menschliche Verhalten prägen. Der plötzliche Vertrauensverlust, ausgelöst durch die Finanzkrise, war in keinem Modell vorgesehen. Erst in jüngerer Zeit bemüht sich die Verhaltensökonomik zu verstehen, welche Verhaltensweisen und Motive (zum Beispiel das Herdenverhalten) die Marktakteure antreiben. Wir werden auf die bohrende Kritik am einst vorherrschenden Modellbild des *Homo oeconomicus* zu sprechen kommen, der kühl analysiert und stets rational seinen Nutzen maximiert. Zu Fragen ist, ob die imaginäre Figur als Modellbild grundsätzlich verfehlt ist. Einzelne Ökonomen bezweifeln grundsätzlich, dass Finanzmärkte, auf denen Hunderte Milliarden an „high powered money“ auf der Suche nach Rendite vagabundieren, zu einem stabilen Gleichgewicht tendieren. Sie unterstellen, bestärkt durch die extremen Ausschläge während der Krise, dass „die Märkte“ grundsätzlich instabil seien. Sehr viel mehr Regulierung der Finanzmärkte und der Banken inklusive des Schattenbankensektors brauche es, fordern sie. In ihrer Sicht war die Krise überwiegend ein Marktversagen.

Zugleich soll in diesem Buch auch der Anteil des Staatsversagens als Ursache dieser Finanzkrise nicht unterschlagen werden. Die Krise ging zu einem erheblichen Teil auf falsch gesetzte Rahmenbedingungen, falsche Regulierung und falsche Anreize zurück. Ausgangspunkt war der amerikanische Häusermarkt. Über viele Jahre war es die erklärte Förderpolitik in den Vereinigten Staaten, dass praktisch jeder Amerikaner und auch Geringverdiener ohne Sicherheiten (sogar „Ninjas“ – No income, no job) sich ein Eigenheim kaufen sollten, finanziert auf Kredit. Im Zusammenspiel mit der sehr lockeren Zentralbankpolitik, die Geld praktisch zum Nulltarif vergab, bildete sich eine „Subprime“-Kredit- und Immobilienmarktblase, die dann mit großem Krachen platzte. Und es waren die impliziten Staatsgarantien für „systemrelevante“ Banken, die diese zu übermäßig großem Risikoappetit verleiteten (Moral Hazard). In den Jahren, in denen es gut ging, profitierten die Banken von enormen Gewinnen. Als alles den Bach runterging, wurden sie mit Steuergeld vor der Pleite gerettet – ihre Gläubiger kamen überwiegend ungeschoren davon.

Es war wohl auch der Nervosität durch die Krise geschuldet, dass die Ökonomen in Deutschland im Frühjahr 2009 in einen erbitterten öffentlichen Streit über Methoden und Ausrichtung ihres Faches verfielen. Anlass war die Abwicklung und Umwidmung traditionsreicher Lehrstühle für Wirtschaftspolitik an der Universität Köln und anderswo. Eine Reihe vorwiegend älterer Professoren erhob den Vorwurf, viele der vermeintlich modernen, angelsächsisch orientierten Ökonomen hätten sich aus der realen Welt zurückgezogen und in theoretischen Verästelungen und Modellwelten verloren. Die andere Seite tat diesen Methodenstreit als „typisch deutsch“ ab und konterte, man dürfe sich internationalen Standards einer modernen Ökonomie nicht verweigern.<sup>8</sup>

Aber auch in Amerika gibt es seit der Krise eine ähnliche Kontroverse über die „moderne Makroökonomik“. Die Zeitschrift „The Economist“ zeigte 2009 auf ihrem Titelbild ein braun eingebundenes Lehrbuch „Modern Economic Theory“, das wie Schokoladeneis in der Sonne schmilzt. Besonders scharf attackierte Paul Krugman, der Nobelpreisträger und linksliberale Kolumnist, die Mainstream-Makroökonomien: Sie seien einer Mathematik-Manie verfallen. Ihre Modelle krankten an verfehlten Annahmen, so dass der Großteil der Makroökonomik der vergangenen dreißig Jahre „spektakulär nutzlos“ oder gar schädlich gewesen sei. „Wir brauchen eine ganz neue Art, Ökonomie zu lehren“, forderte Krugman. Er fügte aber hinzu: „Ich weiß auch noch nicht genau, wie das gehen soll.“

Man mag Krugmans Pauschalurteil über die Makroökonomik für überzogen halten. Es bleibt jedoch festzuhalten, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise die Forschung vor fundamentale Fragen stellt: Wann und wie entstehen gefährliche Blasen? Sind die Erwartungen der Finanzmarktakteure systematisch rational oder zuweilen auch irrational? Welche Rolle spielen asymmetrische Informationen für den plötzlichen Ausfall von Finanzmärkten? Welche Verantwortung trifft die Banker, die Boni-Systeme, die Regulierer, die Notenbanken und die Regierungen? Was war Markt – , was war Staatsversagen?

Noch über Jahrzehnte werden die Ökonomen damit beschäftigt sein, aus den Scherben der Krise ein stimmiges Puzzlebild der Ursachen und Wirkungen zusammensetzen. Hier tut sich ein weites Feld für Nachwuchsforscher auf. Eigentlich sollten junge Leute in Scharen an die wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten stürmen. Das Interesse hält sich aber zumindest in Deutschland in Grenzen. Die Zahl der VWL-Studienanfänger ist nicht besonders hoch. Im Wintersemester 2007/2008, kurz bevor die Krise in voller Härte ausbrach, sank die Zahl der Erstsemester erstmals unter 3000 – ein Drittel weniger als in den Jahren zuvor. Die Gesamtzahl der VWL-Studenten fiel mit 20.600 auf den niedrigsten Stand seit den frühen neunziger Jahren. Seitdem hat sie nur wenig zugelegt, zuletzt auf

23.700, so die jüngsten verfügbaren Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Dagegen wächst die Betriebswirtschaftslehre kräftig. Vor einem Jahrzehnt studierten gut 150.000 junge Männer und Frauen BWL, inzwischen sind es mehr als 230.000. Es gibt inzwischen zehnmal so viele BWL- wie VWL-Studienanfänger – in den frühen 2000er Jahren war das Verhältnis erst sieben zu eins. Auch in Österreich und der Schweiz ist der Andrang zur VWL mäßig.

All die aufreibenden und aufregenden Jahren der Krise, die hitzige Debatten über die ökonomischen Ursachen und die richtigen Therapien haben offenbar kein brennendes Interesse unter jungen Leuten für ein VWL-Studium ausgelöst. Anders als in den Jahren 1968ff., als der Linksdrift in der Studentenschaft und die hitzigen ideologisch-politischen Debatten an den Universitäten zu einer Massenbewegung zur Politologie und Soziologie führten, bleibt der Zulauf zur VWL heute schwach. Es gab und gibt keinen Krisen-Boom. Zwar erschienen auf dem Buchmarkt einige neue und auch grundsätzliche Werke, etwa die Kapitalismuskritik des Franzosen Thomas Piketty; sie wurden an Universitäten wie in den Medien eifrig diskutiert. Doch der Zulauf von Studenten an die Ökonomiefakultäten blieb seltsamerweise gering. Die stärkere Attraktion der BWL kann man teils mit den Aussichten auf dem Arbeitsmarkt erklären, wo BWLer gefragt sind. Nur wenige Stellenangebote richten sich ausdrücklich an Volkswirte – meist von Forschungsinstitutionen, Banken oder Ministerien. Volkswirte finden aber auch in vielen Unternehmen attraktive Stellen. Es muss also andere Gründe geben, weshalb sich nur relativ wenige Studenten für VWL begeistern.

Meiner Vermutung nach liegt die mangelnde Attraktivität auch am Aufbau und der Lehre des Ökonomiestudiums: An vielen Universitäten werden die Erstsemester schon in den ersten Wochen mit übermäßig abstrakten Modellen unter rigiden Annahmen konfrontiert, deren Bezug zur Realität sich ihnen kaum erschließt. Mancherorts wird das VWL-Studium kaum mit einer Debatte der konkreten wirtschaftlichen Entwicklungen und mit politischen Kontroversen verknüpft. Wirtschaft findet in Modellwelten, im luftleeren Raum statt, abgehoben von den Institutionen und Geschichten, die zum echten Verständnis wichtig wären. „Viele Studenten klagen, ihr Studium sei zu sehr auf mathematisch-formale Methodenlehre ausgerichtet“, sagt Achim Wambach, neuer Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim, der dort vor allem zu Regulierungsfragen forscht. Man müsse in der Vorlesung nicht immer den mathematischen Einstieg wählen, gibt er zu. „Im Wettbewerbsrecht zum Beispiel könnte man zunächst fragen, warum Kartelle noch vor hundert